



ALTERNATIVE NACHRICHTEN GÜNZBURG KRUMBACH

Ausgabe 9
Februar 2021

SPEZIAL:

SÖDER'S IMMOBILIENDEAL

Im Jahr 2018 kaufte der Freistaat Bayern ein Grundstück für die neue Universität Nürnberg. Dabei wurden statt des eigentlichen Werts in Höhe von 45 Millionen Euro satte 90 Millionen an den Verkäufer gezahlt. Markus Söder war als Finanzminister für diesen krummen Deal verantwortlich. Fällt ihm das heute auf die Füße?

Markus Söder sieht nicht nur wie ein Immobilienhai aus, er verhält sich auch wie einer. Bereits der Verkauf von 33.000 staatlichen Wohnungen der GBW an einen privaten Investor im Jahr 2013 hatte mehr als ein „Gschmäcke“. 85.000 Bewohner waren damals von Verkauf betroffen. Doch mit dem Kauf des Grundstücks für die neue Technische Universität Nürnberg muss sich Söder nun endgültig die Frage gefallen

lassen, welche Lobbyisten der Immobilienwirtschaft ihn um den Finger gewickelt haben. Im Jahr 2018 erwarb der Freistaat ein Bahngelände in Nürnberg und zahlte dafür doppelt so viel, wie das Grundstück eigentlich wert gewesen wäre. Zu diesen Erkenntnissen kommt der Oberste Rechnungshof Bayern nach mehr als zweijähriger Prüfung. Söder war damals als Finanzminister für den Kauf verantwortlich. Hat Söder also nur aus Versehen zum zweiten Mal einen krummen Immobiliendeal abgeschlossen? Und wie kommt es eigentlich, dass sich Politiker niemals dafür verantworten müssen, wenn sie durch ihr Handeln derart großen Schaden anrichten? Eines steht jedenfalls fest: Privaten Investoren werden auch in Zukunft prächtige Gewinne einfahren, solange Söder in der Regierung sitzt.

- Söder dreht durch
- Stellenabbau bei LINGL

Weitere Themen:

- Titel: Söders Immobiliendeal
- TOPTHEMA: Kollateralschäden
- Merkel: Impfung für Freiheit
- Unternehmer wehren sich
- INFO: FFP2-Pflicht
- Geld nur für brave Bürger?
- Wer profitiert von der Krise?
- Milliarden für Musk
- Die gute Nachricht

TOPTHEMA: KOLLATERALSCHÄDEN

In europäischen Kliniken wird wieder die „Triage“ durchgeführt. Patienten müssen abgewiesen werden, weil keine Behandlungsmöglichkeiten mehr frei sind. Doch wer jetzt an beatmungspflichtige Corona-Patienten denkt, liegt weit daneben: In zahlreichen Kinder- und Jugendpsychiatrien herrscht aktuell ein derart starker Andrang, dass junge Patienten abgewiesen werden müssen. So sind beispielsweise die Jugendpsychiatrie am Wiener AKH

nach längeren Kontaktbeschränkungen z.B. das Bedürfnis verlieren, ihre Großeltern zu umarmen. Diese Entwicklung ist in vielen Fällen irreversibel, weil der ständige Zwang die natürlichen Bedürfnisse der Kinder unterdrückt und irgendwann sogar ausschaltet. Die gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen der aktuellen Situation können also nur noch als verheerend und inakzeptabel bewertet werden. Wir müssen uns längst die Frage stellen, was das



LEBEN:

WIRD ES WIEDER WIE FRÜHER?

sowie die Kinder- und Jugendpsychiatrie Offenburg aktuell stark überlastet. Die Ursache: Immer mehr Kinder können die Isolation und das Verbot körperlicher Nähe nicht mehr verkraften und werden depressiv. Auch Suizidversuche nehmen zu. Der Hirnforscher Gerald Hüther warnte im Deutschlandfunk bereits vor dauerhaften Störungen in der kindlichen Entwicklung, weil unterdrückte Bedürfnisse nach körperlicher Nähe zu bleibenden Schäden in der Psyche führen. So ist damit zu rechnen, dass Kinder

wohl für eine Gesellschaft sein wird, wenn sich Unbelehrbare wie Merkel, Spahn und Söder eines Tages dazu herablassen, die Maßnahmen wieder zu lockern. Doch für viele tausend Menschen wird es auch dann keine Normalität mehr geben, denn der anhaltende Psychoterror, den Medien und Politik seit März letzten Jahres zum Besten geben, hat Spuren hinterlassen.

Man kann es nicht anders sagen: Unsere Gesellschaft wurde schwer beschädigt. Und wir können so nicht weitermachen.

SÖDER DREHT DURCH

Markus Söder hat das Kubasyndrom. Obwohl er in einer Koalition mit den Freien Wählern regiert und politische Entscheidungen eigentlich abstimmen müsste, schmettert Söder die berechtigten Einwände seines Koalitionspartners ab und verhängt im Alleingang eine Verschärfung nach der anderen. Noch immer begründet Söder seinen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Amoklauf mit Horrorszenerarien von mutierten Viren oder angeblichen Leichenbergen in Ostdeutschland. Niemandem scheint es mehr zu interessieren, dass nichts davon wahr ist und selbst die „Bilder aus Bergamo“ haben längst ihren Schrecken verloren, nachdem die wahren Hintergründe ihrer Entstehung ans Licht kamen. Doch Söder scheint wild entschlossen zu sein, die Gesellschaft bis zum letzten ausbluten zu lassen. Nicht das Virus wütet im Freistaat, sondern ein Ministerpräsident, der eine Chance auf das Kanzleramt wittert. Es bleibt zu hoffen, dass die Bürger bald begreifen, dass hier jemandem die Macht zu Kopf gestiegen ist.





„Es wird keine Impfpflicht geben.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Merkel wurde in der Coronakrise nicht müde, eine Impfpflicht für Deutschland auszuschließen. Nun hat sie die Katze aber endlich aus dem Sack gelassen und angekündigt, dass nur geimpfte Personen ihre vollen Freiheiten zurückerlangen werden. Ihre Beteuerungen haben sich damit als durchschaubare Heuchelei herausgestellt, denn eine indirekte Impfpflicht ist eben auch eine Impfpflicht. Merkel hat die Bürger wieder einmal getäuscht. Und viele Bürger scheinen in einer Art Stockholm-Syndrom gefangen zu sein und merken nicht, dass wir auf eine furchtbare gesellschaftliche Situation zusteuern.

Merkel: Impfen für Freiheit

Angela Merkel hat in ihrem ARD-Interview am 2. Februar 2021 bestätigt, dass man nicht geimpften Personen zukünftig Rechte entziehen wird. Damit bewahrheitet sich erneut etwas, wovor im letzten Jahr unzählige Menschen noch gewarnt hatten und dafür als Verschwörungstheoretiker beschimpft wurden. Wir steuern also auf eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zu, weil rund die Hälfte der Bevölkerung es zurecht ablehnt, sich mit einem nicht langzeiterprobten, genetischen

Impfstoff zu impfen. Merkel nimmt mit ihrer Ankündigung eine beispiellose Spaltung der Gesellschaft in Kauf und natürlich ist ihr dabei bewusst, was sie da anrichtet. Wir wollen nicht vergessen, dass Merkel in der DDR Mitglied der FDJ im sozialistischen System war. Ihr übergriffiger Regierungsstil deutet darauf hin, dass sie die sozialistische Lehre bis heute verinnerlicht hat. Es scheint ihr beinahe Freude zu bereiten, den Menschen in alle Lebensbereiche hineinzuregieren.

UNTERNEHMER WEHREN SICH

Über 300 Unternehmen aus der Region Augsburg haben sich im Bündnis „Unternehmerkreis Zukunft in Not“ gegen die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen organisiert. Neben Hotels und Gastronomie sind auch Ärzte, Anwälte, Einzelhändler, Handwerksbetriebe und größere Mittelständler vertreten. Die Firmen mit einem Gesamtumsatz von knapp einer Milliarde Euro und 5.000 Mitarbeitern wollen einen konstruktiven Dialog mit der Politik anstoßen – bislang ohne Erfolg. Alle Versuche, die

Regierenden auf die verheerenden Konsequenzen der Corona-Politik hinzuweisen, liefen bislang ins Leere. Das ist kein Wunder, denn die Gehälter der Mandatsträger sind auch in der Krise gesichert – ganz im Gegensatz zu den Unternehmern und Leistungsträgern. Diese müssen ihre Mitarbeiter bezahlen und dementsprechende Umsätze erwirtschaften. Doch genau das verbietet man ihnen seit März letzten Jahres auf einer mehr als dünnen Datengrundlage. Wo soll das noch hinführen?

INFO: FFP2-Pflicht

Wie auch bereits bei der normalen Maskenpflicht gilt auch bei der FFP2-Pflicht, dass Ladeninhaber niemals für die Verstöße von Kunden haften. Trägt also ein Kunde keine vorgeschriebene FFP2-Maske, zahlt lediglich der Kunde eine Strafe – nicht jedoch der Ladenbetreiber. Die entsprechenden Informationen finden sich bei den „Häufig gestellten Fragen“ auf der Seite

des Bayerischen Gesundheitsministeriums. Die Horrorgeschichten, wonach Unternehmer für die Verstöße von Kunden bis zu 25.000 Euro zahlen, sind nicht zutreffend und waren es auch nie. Da aber nahezu jeder Ladeninhaber im Freistaat diesen Sachverhalt nicht kennt, scheint eine Art Desinformations-Kampagne gelaufen zu sein, um die Bürger mit vermeintlich hohen

Strafen einzuschüchtern. Es ist übrigens auch nach wie vor so, dass ein Ladeninhaber nicht einmal dann Strafe zahlt, wenn ein Kunde überhaupt keine Maske trägt. Diese Kunden dürfen sogar bedient werden, ohne dass der Unternehmer ein Bußgeld fürchten muss.

GELD NUR FÜR BRAVE BÜRGER?

Der Internationale Währungsfonds IWF schlägt vor, die Kreditvergabe zukünftig auch vom Internetverhalten von Bürgern abhängig zu machen. Banken sollten dem Vorschlag nach die Möglichkeit erhalten, den Internetverlauf von Menschen überprüfen zu können und auf dieser Basis zu entscheiden, ob jemand kreditwürdig ist. Was wie ein schlechter Scherz klingt, ist

leider vollkommen ernst gemeint. Es stellt bereits eine unsägliche Grenzüberschreitung dar, privaten Finanzunternehmen sensible Daten zugänglich machen zu wollen. Diese dann aber auf Basis dieser Daten auch noch entscheiden zu lassen, ob jemand in einer finanziellen Notlage unterstützt wird, kann nur als totalitär und vollkommen undemokratisch bezeichnet

werden. Es spricht Bände über den international einflussreichen IWF, dass dort derart gefährliche Vorschläge erarbeitet werden. Denn es steht außer Frage, dass sich ein solches Instrument innerhalb kürzester Zeit gegen die individuelle Freiheit der Menschen richten würde: Politisch andersdenkende könnten von Banken direkt sanktioniert und unter Druck gesetzt werden.

WER PROFITIERT VON DER KRISE?

Wirtschaftsminister Altmaier schlägt aktuell vor, zum Ausgleich der neuen Staatsschulden öffentliche Güter zu privatisieren. Als Beispiele nannte er die Post und die Telekom. Die staatlichen Anteile an diesen Unternehmen könnten also bald an die Investoren der Wall Street oder in China gehen, voraussichtlich zum Spottpreis. Diese Entwicklung wirft die Frage auf, wer eigentlich von der

verheerenden Wirtschaftskrise profitiert, die durch die Corona-Maßnahmen eingetreten ist. Die Antwort fällt ernüchternd aus: Es sind wieder mal die internationalen Groß- und Investmentbanken wie JP Morgan, BlackRock oder Goldman Sachs, die aktuell zum Schleuderpreis Beteiligungen an angeschlagenen Konzernen und Mittelständlern aufkaufen können. Auch chinesische Investoren stehen

bereits Gewehr bei Fuß, um im deutschen Mittelstand auf Einkaufstour zu gehen. War diese Entwicklung absehbar? Selbstverständlich, aber unsere Regierenden waren schließlich auch die letzten Jahre nicht müde, den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft nach Kräften zu unterstützen. Corona bringt damit nur das zu Ende, was Schröder und Merkel in den letzten 20 Jahren angefangen haben.

Milliarden für Musk

Tesla-Chef und Multimilliardär Elon Musk erhält für seine neue Fabrik in Grünheide bei Berlin ein milliardenschweres Geschenk vom deutschen Steuerzahler. Das Bundeswirtschaftsministerium hat Tesla bei der Ausschreibung im IPCEI-Programm den Zuschlag erteilt.

Das Programm, das in der gesamten EU läuft, wurde 2014 ursprünglich ins Leben gerufen, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu erhöhen - vor allem im Bereich der Schlüssel-technologien. Aus dem Bundeswirtschaftsministerium heißt es: „Die Bundesregierung sieht in IPCEI eine Chance, den wettbewerbsverzerrenden Aktivitäten anderer Regionen der Welt in diesem Technologiebereich zu begegnen“.

Wirtschaftsminister Altmaier sagte kürzlich: „Das von Deutschland koordinierte zweite Batterie-IPCEI zeigt

deutlich: Die europäische Batterie-Wertschöpfungskette wird Realität. Deutschland und Europa werden selbst wettbewerbsfähige, innovative und umweltschonende Batteriezellen entwickeln. Damit werden umfangreiche private Investitionen ausgelöst und neue, zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen.“

Was Altmaier dabei aber übersieht: Die Batteriezellen werden zwar in Deutschland produziert, aber von einem US-amerikanischen Unternehmen. Das Milliardengeschenk an Tesla ist also weniger ein Beitrag für die den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie – ganz im Gegenteil: Das viele Steuergeld sorgt dafür, dass ausländische Wettbewerber den deutschen Batteriezellenherstellern nun sogar im Inland Konkurrenz machen. Peter Altmaier macht also einen tollen Job – aus amerikanischer Perspektive Danke für nichts, Herr Altmaier!

„Deutsche Steuerzahler werden die Fabrik des US-Autobauers mit einem 10-Stelligen Betrag fördern.“



STELLENABBAU BEI LINGL

Der Maschinenbauer Lingl Anlagenbau u. Verfahrenstechnik aus Krumbach muss 139 von rund 400 Mitarbeitern entlassen. Die Krumbacher Traditionsfirma hatte Anfang Oktober 2020 einen Insolvenzantrag gestellt. Noch wird ein Investor gesucht, der das Unternehmen wieder auf Erfolgskurs bringt.

Die gute Nachricht: Alle Auszubildenden können bleiben.

DIE GUTE NACHRICHT

Die Europäer fangen langsam an, sich gegen die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen zu wehren. In Italien, Polen und Tschechien haben zehntausende Unternehmer ihre Betriebe wieder geöffnet, weil sie sich einen längeren Stillstand schlichtweg nicht leisten können. Auch in Irland und Schottland trafen sich die Menschen wieder in ihren Pubs und holten nach, was

ihnen seit knapp einem Jahr rechtswidrig vorenthalten wurde. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich immer mehr Menschen gegen ihre übergriffigen Regierungen wehren. „Wer Argumente hat, braucht keinen Zwang.“ – dieses Motto gilt auch in der Coronakrise. Allen Bürgern ist mittlerweile klar, dass physischer Abstand vor einer Infektion schützt. Jeder mündige Bürger kann diese banale

Erkenntnis eigenverantwortlich umsetzen, staatlicher Zwang ist völlig unbegründet und fehl am Platze. Ohnehin geht den Staat die Gesundheit der Bürger eigentlich nichts an, denn sonst müsste er auch Autofahren, Rauchen und ungesundes Essen verbieten. Der Staat muss sich jedoch auf die Bereitstellung eines leistungsfähigen Gesundheitssystems beschränken.

IMPRESSUM | V.i.S.d.P.

ANSCHRIFT:

Gerd Mannes, MdL
Max-Planck-Straße 1
81675 München

E-MAIL:

gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Bildnachweise:

Seite 2: Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-10-12_Markus_Söder_CSU_8341.jpg), „2018-10-12 Markus Söder CSU 8341“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Seite 6: Guido Radig (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Maximilianeum_-_Frontseite_-_Panorama.jpg), „Maximilianeum - Frontseite - Panorama“, Zusschnitt und Änderung auf S/W, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode>

TELEFON:

089 4126-3412

Besuchen Sie mich unter:

www.gerd-mannes.de

www.instagram.com/gerdmannes/

www.facebook.com/GerdMannes/

www.twitter.com/GerdMannesAfD

